

Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 17:40 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Reinhard Hegewald

ANWESENDE:

SPD

Beigeordneter Hans-Dieter Haase für Rats Herrn Jürjen Heinks
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsfrau Regina Meinen
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Rats Herr Kai-Uwe Schulze
Beigeordneter Johann Südhoff

CDU

Rats Herr Reinhard Hegewald
Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsfrau Monika Hoffmann

FDP

Rats Herr Heino Ammersken
Beigeordneter Erich Bolinius
Rats Herr Roland Riese

Bündnis 90/Die Grünen

Rats Herr Bernd Renken

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Martin Lutz
Stadtoberamtsrat Dieter Mansholt, 103
Stadtoberamtsrat Dieter Denkmann, FB 200
Stadtammann Egon Philipps, , FD 220
Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer, FD 600
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

2 Vertreter der örtlichen Presse
1 Zuschauer

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hegewald begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1756-00
Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2006/2007

Herr Lutz erklärt, trotz all der derzeitigen Unwägbarkeiten, auf die er bereits in der letzten Finanzausschuss-Sitzung hingewiesen habe, würde für das Jahr 2006 eine Planungsgrundlage benötigt, um den Haushalt besser gestalten zu können. Aus diesem Grunde bitte er um das Vertrauen für die Eckdaten.

Herr Jahnke stimmt Herrn Lutz zu. In seiner Fraktion sei man zu dem Entschluss gekommen, dass es nicht anders laufen könne, da der Eckdatenbeschluss eine Grundlage für die Haushaltserstellung bilde. Im letzten Quartalsbericht sei festgestellt worden, in welcher schwieriger Situation sich die Stadt Emden befände. Er hoffe, dass dieser Eckdatenbeschluss ein Einstieg für eine gute Arbeit der Haushaltskonsolidierungsgruppe sein werde, in der vielleicht auch noch etwas bewegt werden könnte, sodass sich evtl. das eine oder andere doch noch positiver entwickelte als prognostiziert wurde.

Herr H. W. Janßen schließt sich grundsätzlich den Ausführungen von Herrn Jahnke an. Für ihn sei es aber noch das Licht im Tunnel schwer erkennbar. Seine Fraktion sehe aber ebenfalls den Eckdatenbeschluss als Planungsgrundlage an.

Herr Ammersken stellt fest, bereits im vergangenen Finanzausschuss wurde über die Situation diskutiert. Es sei festgestellt worden, dass dieser Eckdatenbeschluss mit erheblichen Risiken verbunden sein werde. Trotzdem brauche die Verwaltung und auch die zukünftige Haushaltskonsolidierungsgruppe eine Arbeitsgrundlage. Aus diesem Grunde pflichte er den Worten der Herren Jahnke und H. W. Janßen bei. Auch seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Renken führt aus, auch er werde dem Vorschlag zustimmen. Er begründet seine Entscheidung damit, dass man nicht genau wisse, was sich im nächsten Jahr auf der politischen Ebene des Bundes tun werde. Herr Lutz habe bereits in der letzten Sitzung ein Plädoyer für die Gewerbesteuer gehalten. Dieses habe seine Zustimmung gefunden, da sich die Stadt Emden in einer anderen Situation befände wie die Kommunen der Umlandgemeinden. Ein weiterer Punkt sei die Zielsetzung der Förderung und Zuwendung für Jugend und Bildung Vorrang zu geben. Die Schulbauteninvestitionen seinen durchzuführen und bis zum Jahre 2010 sei das Tagesbetreuungsausbaugesetz umzusetzen. Das seien ganz klare Prioritäten, die nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig seien.

Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

Er bemerkt weiter, im Vorbericht zum Eckdatenbeschluss sei angekündigt worden, dass neben den Oberzielen auch Leitkennzahlen aller Fachbereich genannt würden. Seiner Ansicht nach fehle dieses. Im Rahmen der Arbeit bei der Haushaltskonsolidierungsgruppe müssten diese Lücken aufgefüllt werden.

Auch bei den freiwilligen Leistungen werde eine Kürzung an der einen oder anderen Stelle nicht abzuwenden sein. Mit diesem Gesichtspunkt müsse man sich auseinandersetzen. Allerdings unter Berücksichtigung von Prioritäten.

Herr H. W. Janßen entgegnet, dass im Bereich der freiwilligen Leistungen kaum noch Sparpotentiale vorhanden seien. Ferner bemängelt er, dass wegen eines einzigen Beratungspunktes eine Sitzung einberufen worden sei. Er stellt zur Diskussion, auf das Sitzungsgeld zu verzichten.

Herr Hegewald bedankt sich für den Vorschlag.

Nach kurzer Diskussion einigen sich die Mitglieder darauf, das Ende der Sitzung abzuwarten und dann ggf. zu beraten.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/1756 als Anlage beigefügten Eckdaten zum Haushalt 2006.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz teilt mit, seit dem letzten Freitag würden die Zahlen zum Investitionsprogramm für Ganztagschulen vorliegen. Noch sei die Verwaltung dabei, das Zahlenwerk genau zu prüfen. Ferner diskutiere man mit dem Ministerium, wann die Gelder fließen werden. Nach den Sommerferien werde ein Nachtrag erwartet, in dem die Zahlungen, die noch in diesem Jahr für die Baumaßnahmen an der Pestalozzischule, an der Hauptschule Barenburg und - soweit in diesem Jahr überhaupt Fördermittel kommen - für das GAT und die Osterburgschule für die Ganztagschulprogramme und für zusätzliche Baumaßnahmen zu finden seien. Welche Zahlungen im welchem Haushaltsjahr kämen, könnten erst mit Bestimmtheit nach der Zustellung des Fördermittelbescheides gesagt werden.

Er führt weiter aus, für die Sitzung des Verwaltungsausschusses am Montag werde er sich entsprechend absichern, dass die notwendigen Planungsvorleistungen, die jetzt noch notwendig seien, diskutiert werden könnten.

Herr Haase bedauert es, dass bei der Durchreichung der Schulbaumittel des Bundes das JAG nicht berücksichtigt worden sei.. Er erkundigt sich, ob es inzwischen neue Erkenntnisse bezüglich der Gründe gäbe.

Herr Lutz entgegnet, auf jeden Fall seien die Anträge fristgerecht abgegeben worden. Seitens des Ministeriums konnte nicht genau gesagt werden, aus welchem Grunde das JAG nicht berücksichtigt worden sei. Man habe sich aber darauf verständigt, dass sich der Mitarbeiter des Ministeriums persönlich sachkundig mache. Am Montag werde dann erneut ein Telefonat geführt.

Sicherlich sei die Frage, warum das JAG nicht in der Liste vorhanden sei, interessant. Eine weitere Frage sei jedoch, ob es noch einmal aufgenommen werde. Er hofft, in der nächsten Verwaltungsausschuss-Sitzung daher Näheres sagen zu können.

Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

Herr Haase erkundigt sich, ob es richtig sei, dass die Anträge anderer Gebietskörperschaften, obwohl sie relativ spät gekommen seien, dennoch berücksichtigt wurden. Auch sollen Schulen, die auf eine Ganztagsbeschulung verzichtet haben, mit Geldmitteln bedacht worden seien.

Herr Lutz antwortet, auch er habe entsprechende Gerüchte gehört. Ob sie jedoch zutreffen würden, dass sei eine ganz andere Frage. Ihm stehe es auch nicht zu, dass zu bewerten, was in anderen Kommunen geschehe. Seiner Ansicht nach sei hier ein bedauerliches Versehen passiert. Aufgabe der Verwaltung sei es nun, dafür zu sorgen, dass auch das JAG möglichst noch Fördermittel bekomme.

Herr Renken stellt fest, dass auf der Liste mit den ausgewiesenen Fördermitteln ausschließlich Schulen enthalten seien, die der Förderpriorität A angehörten. Darunter sei kein einziges Gymnasium. Da die Hauptschule Barenburg in Kooperation mit dem JAG in die Ganztagschulförderung hinein solle, hoffe er, dass es sich tatsächlich nur um ein Versehen handle und eine Korrektur vorgenommen werde.

Herr E. Bolinius kann sich nicht vorstellen, dass in Hannover Fehler gemacht werden. Es stelle nunmehr die Frage, wie es ohne Mittelzuweisung mit dem JAG weitergehen solle.

Herr Lutz erwidert, wenn die Stadt die endgültige Entscheidung vom Land bekäme, dass das JAG bei den Fördermitteln nicht berücksichtigt werde, dann müsse sie die Planung einleiten und für die benötigten Klassenräume 900.000 € mehr aufnehmen, da dieses Geld nicht aus dem städtischen Haushalt genommen werden könne.

Er bestätigt, dass tatsächlich nur Schulen der Kategorie A berücksichtigt worden seien. Gymnasien ohne Kooperation zählen ebenso zur Kategorie B wie Grundschulen. Er weist darauf hin, die älteste Ganztagsgrundschule in Emden, die Schule Grüner Weg, sei ebenfalls nicht mit Fördermitteln bedacht worden, weil sie in der Kategorie B sei.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, es handle sich bei den vorgestellten Zahlen zunächst einmal um vorläufige, die weiterhin vom Ministerium geprüft würden. Solange die Bescheide nicht vorlägen, wisse man nicht, wie diese Gelder eingesetzt werden können und müssen. Im Moment würden die Bescheide zwischen den Behörden geprüft und anschließend könnten dann Vorschläge unterbreitet werden, was in den einzelnen Schulen zu berücksichtigen sei.

Herr Haase bittet darum, zumindest die Fraktionsvorsitzenden in der Sommerpause von den Nachforschungen im Hinblick auf das JAG zu informieren.

Herr Lutz hofft, dass ihm zur nächsten VA-Sitzung bereits abschließende Informationen vorlägen.

Herr Ammersken erklärt, wenn man davon ausginge, dass für das JAG keine Ganztagschulfördermittel zur Verfügung gestellt würden, dann habe man die Situation, dass GAT eine Ganztagschule sei und das JAG nicht. Er erkundigt sich, ob diese die Anspruchsgrundlage für die Eltern bilde, die Schulbezirke aufheben zu müssen.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, im Moment rede man über das Investitionsprogramm. Beide Gymnasien seien als Ganztagschulen genehmigt.

Herr Lutz erläutert, die Aufhebung der Schulbezirke sei auf jeden Fall angezeigt, wenn ein verpflichtendes Ganztagschulangebot vorläge.

Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

Anmerkung der Protokollführung:

Die Einrichtung einer Ganztagschule ist nicht abhängig von der Bewilligung der beantragten Fördermittel nach dem IZBB-Förderprogramm. Beide Emdener Gymnasien sind gem. § 23 NSchG i. V. m. dem Erlass "Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule" ohne Anerkennung eines entsprechenden Zusatzbedarfes zur Personalversorgung zum 01.08.2005 als Ganztagschule genehmigt worden. Beide Schulen werden auch unabhängig von der Bescheiderteilung zum o. a. Förderprogramm den offenen Ganztagschulbetrieb, d. h. keine verpflichtende Teilnahme, nach den Sommerferien aufnehmen. Die Frage nach den Folgewirkungen für die bestehenden Schulbezirke an den Gymnasien stellt sich insoweit nicht.

Sollte der Förderantrag für das JAG seitens des Niedersächsischen Kultusministeriums abgelehnt werden und die Schule als Konsequenz daraus den Ganztagsbetrieb einstellen, wäre der Schulbezirk des GAT für die Schülerinnen und Schüler zu öffnen, die sich zur Teilnahme an dem Ganztagsangebot des GAT verpflichten. Eine generelle Auflösung der Schulbezirke der Gymnasien wäre nicht zwingend. Eine vergleichbare Situation besteht - mit guten Erfahrungen - seit Jahren im Grundschulbereich mit der Ganztagschule Grüner Weg.

Punkt : 7 Anfragen

1. Genehmigung der Haushaltssatzung

Herr E. Bolinius ist verwundert darüber, dass die Genehmigung der Haushaltssatzung nicht wie angekündigt auf der Tagesordnung stehen würde. Er bittet zunächst einmal um Ausführungen zu diesem Prüfungsbericht.

Herr Lutz bedankt für den Hinweis. Es sei leider versäumt worden, eine Tagesordnungsänderung durchzuführen.

Er führt aus, die Personalausstattung der Stadt basiere auf den Empfehlungen externer Gutachter. Die Kommunalaufsicht rege hier eine Aufgabenkritik an, um die Aufgaben auf das zwingend notwendige Maß zurückzuführen. Es stelle sich jedoch die Frage, ob die Stadt Emden zuviel für ihre Bürger mache. Über die Notwendigkeit weiterer Prüfungen des Personalbedarfs bestehe Einigkeit zwischen Politik und Verwaltung. Weiter stellt er heraus, da Emden als eine relativ kleine Stadt mit rund 51.000 Einwohnern das gleiche Aufgabenspektrum wie die großen Städte habe, entstünden z. B. Grundkosten für das Gesundheitsamt, das Veterinärwesen oder die Bauaufsicht, die in einer kleinen Stadt höhere Aufwendungen pro Einwohner darstellten. Insoweit werde dieses bezogen auf den Personalaufwand immer Einfluss haben.

Weiter erklärt er, die sozialen Leistungen, die insbesondere die Sozialhilfe und die Jugendhilfe umfassen würden, seien im Einzelplan 4 dargestellt. Nach Ansicht der Kommunalaufsicht seien diese Beträge im Vergleich mit den anderen Kommunen hoch. Hier werde die Stadt Emden einen detaillierten Vergleich vornehmen und nach dem Vorliegen der Ergebnisse konkret Stellung nehmen.

Herr Lutz erläutert, die Kommunalaufsicht habe zum Thema Verschuldung sich ganz klar geäußert, dass die Stadt Emden an einem Rand angekommen sei, über den sie nur noch hinausgehen dürfe, wenn Pflichtaufgaben vorlägen. Somit wären alle Ausgaben im freiwilligen Bereich, die über Kredite finanziert werden müssten, ausgesprochen zweifelhaft bezüglich der Genehmigungsfähigkeit.

Herr Lutz stellt abschließend fest, es müsse auch erwähnt werden, dass von der Kommunalaufsicht festgestellt worden sei, die Stadt Emden habe in den letzten Jahren eine

Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

vernünftige Haushaltspolitik gemacht, die sich aus der guten wirtschaftlichen Lage in der Stadt verglichen mit anderen Kommunen ergeben würde.

Herr E. Bolinius ist der Ansicht, dass aufgrund des Umfangs hierüber einmal in einem gesonderten Tagesordnungspunkt gesprochen werden müsste. Der Stadt Emden sei es trotz vorliegenden Gutachtens nicht gelungen, die Personalausgaben pro Einwohner zu senken. Außerdem bittet er um Erläuterung des Punktes der haushaltsrichtigen Zuordnung einer Kultureinrichtung.

Er bemerkt weiter, dass über den Einzelplan 4 in der Haushaltskonsolidierungsgruppe diskutiert werden müsste.

Außerdem habe die Kommunalaufsicht darauf hingewiesen, dass die Stadt weiter erhebliche Kredite z. B. zur Finanzierung des neuen Verwaltungsgebäudes finanzieren müsse, auch wenn die Investition durch Eigengesellschaften erfolge und die Räume angemietet seien. Diese Mietzahlungen würden den städtischen Haushalt zumindest ab dem Jahr 2006 langfristig belasten und genauso wie unmittelbaren Schuldendienstleistungen wirken. Herr E. Bolinius fordert auf, über diesen Satz einmal nachzudenken.

Herr Lutz entgegnet, das kommunale Prüfungsamt habe in seinem Bericht geschrieben, dass bei der Vergleichbarkeit von Haushalten zunächst einmal die Vergleichbarkeit der Kommunen hergestellt werden müsse. So habe nicht jede Kommune eine Halle wie die Nordseehalle. Auf diesen Punkt habe die Kommunalaufsicht damals Bezug genommen und diesen Bericht hat der Prüfer in seiner Abschlussverfügung wohl gemeint.

Eine weitere Sache, die er nicht in seinen Prüfbericht berücksichtigt habe, sei, dass Emden eine kreisfreie Stadt mit 50.000 Einwohnern sei, die u. a. für Baugenehmigungen, Angelegenheiten für Veterinärwesen und Gesundheitsaufgaben zuständig sei. Dadurch müsse sie den Grundeinsatz aufbringen, der bei anderen Kommunen vom Landkreis übernommen werde. Bevor man sich über die Angemessenheit der Personalkosten unterhalte, müsse erst die Vergleichbarkeit der Kommunen hergestellt werden. Seiner Meinung dürfte nicht nur die Anzahl der Einwohner ausreichen.

Herr Lutz weist darauf hin, dass bezüglich des neuen Verwaltungsgebäudes die Kommunalaufsicht nicht geschrieben habe, dass dieses die Stadt überfordere. Sie habe geschrieben, dass es eine Belastung gäbe. Offensichtlich sei der städtische Haushalt nach Auffassung der Kommunalaufsicht in der Lage, diese Belastung zu tragen.

Herr Jahnke wundert sich über die Ausführungen des kommunalen Prüfungsamtes bezüglich der Personalausgaben. Dort werde angeregt, eine interne Aufgabenkritik und kein Gutachten vornehmen zu lassen. Dieses sei jedoch in der Haushaltskonsolidierungsgruppe ausdrücklich vereinbart worden, um einen Überblick über einen ganz bestimmten Bereich innerhalb der Verwaltung zu haben. Ferner sei der Bericht der Kommunalaufsicht ein Grundlagenpapier für die Haushaltskonsolidierungsgruppe, welches mit einzuarbeiten sei.

Herr Ammersken erklärt, die Kommunalaufsicht erachte den Haushalt im Hinblick auf evtl. Investitionen als auskömmlich. Dennoch müssten Investitionen oder Investitionszuschüsse für freiwillige Aufgaben oder Aufgaben dritter, die nur einen mittelbaren kommunalen Bezug hätten, solange unterbleiben, bis der Haushalt wieder konsolidiert sei.

Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

2. Optimierung der ARGE

Herr Renken führt aus, Ende Juni sei von der Bundesregierung verkündigt worden, dass die Kommunen die Trägerschaft der ARGE übernehmen könnten, um dadurch auch die dauerhaften Startschwierigkeiten zu beseitigen. Er erkundigt sich nach der Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Möglichkeit.

Herr Lutz entgegnet, es läge ein derartiges Schreiben der Bundesagentur vor. Falls die Kommunen die Trägerschaft ablehnten, biete die Bundesanstalt an, dieses selber zu tun. Da es in Emden keinerlei Kooperationsprobleme gäbe, würde die Verwaltung gerne bei dem bewährten Modell bleiben.

Herr Denkmann ergänzt, die ARGE habe einen Personalmehrbedarf von 7,5 Stellen zum 01.07.2005 angemeldet. Auf eine interne Stellenausschreibung sei jedoch nur eine Bewerbung eingegangen.

3. Änderung des § 51 NGO bzgl. der Einführung der Sitzverteilung nach Hare-Niemeier

Herr Renken erklärt, die Kommunalverfassung sei mit Wirkung vom April in Kraft getreten und an einigen Stellen seien Änderungen vorgenommen worden. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob dadurch ggf. die Ausschüsse neu zusammengestellt werden müssten.

Herr Lutz erwidert, die Verwaltung sei bereits dabei, diese Angelegenheit zu prüfen. Er sagt eine Beantwortung in der nächsten Sitzung zu.